



von Helmut Markwort

## Wie Baerbock weiter Minuspunkte sammelt und warum Söder gefesselt ist

Dienstag

**E**s gibt viele schwerwiegende Gründe, warum es gut ist, dass Annalena Baerbock mit wachsender Wahrscheinlichkeit nicht Kanzlerin von Deutschland wird. Jetzt ist noch einer dazugekommen. Die grüne Kandidatin möchte die deutsche Sprache verhunzen. Wenn sie an der Macht wäre, wolle sie in Gesetzestexten eine geschlechtergerechte Sprache durchsetzen. Obwohl sie aus Umfragen weiß, dass eine große Mehrheit der Deutschen das Gendern ablehnt, will sie es dem Volk aufzwingen.

Wahrscheinlich reagiert sie allergisch, wenn sie im Werbefernsehen hört, man solle wegen möglicher Nebenwirkungen „seinen Arzt oder Apotheker“ fragen. Mit Programmsendungen hingegen kann sie zufrieden sein. Viele Moderatorinnen und Moderatoren gendern eifrig drauflos, auch wenn sie sich beim Sprechen hörbar verkrampfen. Vor allem Mitarbeiter öffentlich-rechtlicher Sender wollen uns Beitragszahler geschlechtergerecht erziehen und bekennen sich



**Sprachverhunzerin** Die grüne Kandidatin Baerbock will das Gendern in Gesetze zwingen

damit als Sympathisanten der grünen Sprachideologie.

Wer sich an der Bevormundung stört, kann sich nicht wehren. Die Pflicht zum Beitrag ist von vielen Gerichten zementiert worden.

Anders bei Zeitungen. Die kann man jederzeit abbestellen. Die gedruckten Medien lassen sich denn auch von der Genderei weniger infizieren. In den großen Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine“, „Süddeutsche Zeitung“, „Welt“ und „Bild“ findet sich kein Gendersternchen und keine Binnengroßschreibung. Richtungsblätter wie „Frankfurter Rundschau“ und „taz“ hingegen erfreuen ihre Anhängerschaft mit den Genderzutaten.

Den Wahlkampf hat das Thema bisher kaum erreicht. Manche träumen von der Rechtslage in Frankreich, wo die Regierung das Gendern zum Schutz der französischen Sprache kurzerhand verboten hat. In Deutschland ist der Streit um die Novitäten der Rechtschreibreform noch in unangenehmer Erinnerung.

Die Kandidatin von der grünen Verbotsparterie hat die Debatte wieder einfach, wie tief Parteien sich in unser Leben einmischen dürfen. In der Lebenswirklichkeit gilt die Aussage des CDU-Politikers Friedrich Merz: „Wenn im Flugzeug gefragt wird, ob ein Arzt an Bord ist, wird meine Tochter sofort aufstehen.“

Mittwoch

**D**er sonst so forsche Markus Söder ist gefesselt. Er hängt an der Leine seines Koalitionspartners Hubert Aiwanger, der ihn zu Reklamezwecken durch die Medien führt. Niemand kann erkennen, ob tiefe innere Überzeugung



**Zwangs-partner**

Markus Söder kann seinen Vize Hubert Aiwanger nur schwer aus der Koalition werfen

dahintersteckt oder eiskaltes Wahlkampf-kalkül: Aiwanger will sich nicht impfen lassen. Der Vorsitzende der Freien Wähler, stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister in Bayern, zieht mit dieser Haltung viel Widerspruch auf sich, aber auch viel Aufmerksamkeit.

Sein Partner Söder rempelt ihn an, CSU-freundliche Wirtschaftsfunktionäre rügen seine mangelnde Vorbildfunktion, und schwarze Abgeordnete fordern seinen Rücktritt.

Der trotzige Niederbayer Aiwanger aber denkt bundesweit. Er will mit seinen Freien Wählern in den Bundestag und muss deswegen bundesweit bekannt werden. Die bayerischen Wähler alleine reichen nicht für fünf Prozent.

Söder müsste ihm die Koalition kündigen, was ihn nicht nur vor ein Dilemma stellt, sondern sogar vor ein Trilemma. Der Alternativpartner Grüne würde den FDP-Freund Laschet verärgern und gleichzeitig viele in der CSU-Fraktion. Denen sind die Grünen zuwider. Deswegen muss Söder Aiwangers Solo ertragen. Mindestens bis zum 26. September.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.